

AUGE/UG	<i>Nein zu den Kommissionsvorschlägen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion!</i>
3	
Annahme	Ausschuss Wirtschaftspolitik

Die BAK hat sich über verschiedene Kanäle entschieden gegen die geplante verpflichtende Umsetzung von sogenannten Strukturreformen mittels vertraglicher Abmachungen ausgesprochen:

- Bereits in der BAK-Stellungnahme zum Präsidenten-Bericht „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“, die am 10.12.2012 in Form eines Schreibens an Bundeskanzler Werner Faymann ging, wurde eine unmissverständliche Ablehnung übermittelt.
- Ebenso wurde in einer umfassenden Stellungnahme zum Europäischen Rat im Juni 2013, die sowohl an Bundeskanzler Werner Faymann als auch an den zuständigen Sektionsleiter im Bundeskanzleramt übermittelt wurde, dazu aufgerufen, dieses Instrument aus österreichischer Sicht klar und unmissverständlich abzulehnen.
- In mehreren Artikeln wurde die BAK-Kritik und Ablehnung offensiv dargestellt.
- Auch im Rahmen interner Diskussionen mit BeamtInnen des BKA und BMASK wurde die BAK-Position mehrfach dargelegt und um eine klare ablehnende Positionierung Österreichs geworben.
- Bei der Initiative „Europa geht anders“ (<http://www.europa-geht-anders.eu/home>), die länderübergreifend entschieden gegen den Wettbewerbspakt auftritt und mittlerweile auch medial in die Offensive gegangen ist, ist die AK auf Experten-Innenebene engagiert vertreten.
- Im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem ÖGB am 10. Juni 2013 im Bildungszentrum der AK Wien wurden Alternativen zur bisherigen EU-Krisenpolitik aufgezeigt. Dabei standen auch die Wettbewerbspakte zur Diskussion. Eine weitere Veranstaltung der BAK unter Teilnahme von Peter Bofinger ist für 15.11.2013 im BIZ avisiert.
- Die Thematik wurde im Rahmen mehrerer gemeinsamer Veranstaltungen der Europa-Büros von AK und ÖGB in Brüssel aufgegriffen.

Die ablehnende Haltung der BAK wird mittlerweile von einem großen Kreis von Kritikern, der sich aus progressiven politischen Kräften, ÖkonomInnen und Teilen der Zivilgesellschaft gebildet hat, mitgetragen.

Der Europäische Rat vom Juni 2013 hat vorerst nur festgehalten, dass die Arbeiten an den einzelnen Bausteinen einer verstärkten WWU fortgesetzt werden müssen. Eine Grundsatzentscheidung soll im Dezember 2013 getroffen werden, „insbesondere zu den wichtigsten Merkmalen der vertraglichen Vereinbarungen und der sie unterstützenden Solidaritätsmechanismen“.